

02/2010

---

**2015**  
*aktuell*

---

05. März 2010

1. **OECD-Bericht: ODA-Ziel wird nicht erreicht**
2. **Peking+15: Gender-Perspektive auf MDG-Gipfel einbeziehen**
3. **Davos: Streit um Finanzmarktregulierung**
4. **Klimawandel: Emissionsminderungen reichen nicht aus**
5. **100 Tage Niebel**
6. **Schuldenreport 2010**
7. **Weltbank-Studie zum Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern**
8. **Studie zur globalen Entwicklungskrise**
9. **Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft**

*kurz notiert*  
**Termine**

---

### **1. OECD-Bericht: ODA-Ziel wird nicht erreicht**

Deutschland wird das im Rahmen der EU vereinbarte Ziel, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) bis zum Jahr 2015 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern, nicht erfüllen. Dies geht aus aktuellen Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu den Aufwendungen der OECD-Länder für Entwicklungszusammenarbeit hervor. Weltweit ist die staatliche Entwicklungshilfe zwar seit 2004 um 35 Prozent (27 Milliarden US-Dollar) gestiegen. Trotzdem ist aber die ODA 2010 um 21 Milliarden niedriger als im Jahr 2005 zugesagt wurde, kritisiert die OECD. Nach Berechnungen der OECD wird eine Mehrzahl der OECD-Länder ihre Verpflichtungen einhalten. Zu den Ländern, die das 0,51 Prozent-Ziel übertreffen, zählen laut OECD Schweden, Luxemburg, Dänemark, die Niederlande sowie Belgien, Großbritannien, Finnland, Irland und Spanien. Mit 0,4 Prozent wird Deutschland ebenso hinter dem Ziel zurückbleiben wie Frankreich, Österreich, Portugal, Griechenland, Japan und Italien.

[www.oecd.org/document/60/0,3343,de\\_34968570\\_35008930\\_42454588\\_1\\_1\\_1\\_1,0\\_0.html](http://www.oecd.org/document/60/0,3343,de_34968570_35008930_42454588_1_1_1_1,0_0.html)

Die Welthungerhilfe und terre des hommes kritisierten, dass Deutschland zwar im Haushaltsentwurf 2010 eine geringfügige Steigerung des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorsieht, aber seinen Verpflichtungen aus den Vorjahren nicht nachkommt. Zur Deckung der deutschen Verpflichtungen aus dem ODA-Stufenplan der EU seien 2010 und in den Folgejahren jeweils etwa 1,7 Milliarden Euro zusätzlich erforderlich. „Es ist ein skandalöser Wortbruch, dass Deutschland nach den heutigen Schätzungen der OECD sein Versprechen, 2010 0,51 Prozent des BNE für Entwicklung aufzuwenden, nicht erfüllen wird“, so die Entwicklungsorganisationen.

[www.welthungerhilfe.de/kritik-oecd.html](http://www.welthungerhilfe.de/kritik-oecd.html)

Oxfam Deutschland wies darauf hin, dass mit den fehlenden 21 Milliarden Dollar der Schulbesuch von allen bisher von Bildung ausgeschlossenen Kindern und die Bereitstellung von Medikamenten, die das Überleben von zwei Millionen Müttern und Kindern sichern, finanziert werden könnten. Oxfam fordert die Bundesregierung auf, einen Plan vorzulegen, wann und wie sie die Entwicklungshilfe erhöhen will.

[http://oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=468](http://oxfam.de/a_611_presse.asp?id=468)

Die Lobbyorganisation ONE äußerte sich enttäuscht, dass im Haushaltsentwurf 2010 insbesondere für Afrika südlich der Sahara kaum nennenswerte Steigerungen vorgesehen sind. Die afrikanischen Staaten seien von der Wirtschaftskrise hart getroffen worden und benötigten gezielte Unterstützung. „Das mangelnde Engagement Italiens, Frankreichs und nun auch Deutschlands unterminiere die Anstrengungen anderer Geber. Deren Einhaltung der Zusagen zeigt, dass es geht“, so ONE Direktor Tobias Kahler.

[www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3249/](http://www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3249/)

Das Entwicklungsministerium teilte mit, dass Deutschland an dem vereinbarten Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des BNE für Entwicklung zur Verfügung zu stellen, festhalten werde. Entwicklungsminister Niebel stellte fest: „Seit meinem Amtsantritt im November war doch klar, dass wir bei einer Ausgangslage von zuletzt 0,38 Prozent im Jahr 2008 die ODA-Quote von 0,51 Prozent für 2010 nicht erreichen können. Wir werden aber die Mittel für Entwicklung weiter steigern, um unsere internationalen Verpflichtungen bis 2015 zu erreichen.“

[www.bmz.de/de/presse/pm/2010/februar/pm\\_20100217\\_27.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2010/februar/pm_20100217_27.html)

## **2. Peking+15: Gender-Perspektive auf MDG-Gipfel einbeziehen**

Fünfzehn Jahre nach der Verabschiedung der Pekingener Aktionsplattform auf der Weltfrauenkonferenz von 1995 hat die UN-Frauenrechtskommission im Rahmen ihrer derzeit laufenden 54. Sitzung deren Forderungen bekräftigt und gefordert, die Gender-Perspektive beim MDG-Gipfel im September zu berücksichtigen. Die Aktionsplattform war 1995 von 189 Regierungen verabschiedet worden und stellt bis heute das am weitesten reichende Übereinkommen zur internationalen Verankerung von Frauenrechten dar. In ihrer Erklärung zum fünfzehnten Jahrestag der Pekingener Konferenz bestätigten die Delegierten nun deren Vereinbarungen als essentiell, um die internationalen Entwicklungsziele, darunter die Millenniumsentwicklungsziele (MDG), zu erreichen und forderten weitere Maßnahmen zur vollständigen und

beschleunigten Umsetzung der Beschlüsse von Peking. Der Verabschiedung der Erklärung waren Diskussionen vorangegangen, in denen die anwesenden Ministerinnen und Minister die nach wie vor stärkere Armutssituation von Frauen, sowie ihren geringeren Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung hervorhoben. Der Schlüssel zur Gleichberechtigung müsse die Umverteilung von Macht, Pflegearbeit und Arbeit sein. Auch die UN-Generalversammlung erinnerte aus Anlass des 15. Jahrestages der Weltfrauenkonferenz daran, dass Geschlechtergerechtigkeit nicht nur ein eigenständiges Ziel, sondern auch die Voraussetzung für langfristige Entwicklung, Wirtschaftswachstum und allgemeinen sozialen Fortschritt ist.

[www.un.org/News/Press/docs/2010/wom1777.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2010/wom1777.doc.htm)

[www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10918.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10918.doc.htm)

Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten die Beschlüsse der Frauenrechtskommission als unverbindlich und schwach. Zudem seien die Diskussionen nur unzureichend für die Zivilgesellschaft geöffnet worden und wenig partizipativ verlaufen. Das europäische NRO-Netzwerk WIDE hatte sich in einem Statement zur 54. Sitzung der Frauenrechtskommission besorgt gezeigt, dass Geschlechtergerechtigkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen im Kontext der gegenwärtigen Krisen an Boden verlieren könnten. Um der wachsenden Ungleichheit zu begegnen und Frauenrechte nachhaltig zu verankern, müssten bestehende wachstumsorientierte Entwicklungsmodelle in Frage gestellt und die Verbindung zwischen Geschlechtergerechtigkeit, makroökonomischen Maßnahmen und der EU-Handelspolitik anerkannt werden.

<http://csw54.wordpress.com/>

[http://csw54.files.wordpress.com/2010/03/wide-beijing-15-statement\\_.pdf](http://csw54.files.wordpress.com/2010/03/wide-beijing-15-statement_.pdf)

Im Vorfeld der Überprüfung der Pekinger Ziele durch die Frauenrechtskommission hat Social Watch seinen neuen „Gender Equity Index 2009“ vorgelegt. Daraus geht hervor, dass sich der Abstand zwischen den Ländern mit vergleichsweise positiven Daten und denen mit stark ausgeprägter Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Jahr 2009 vergrößert hat. Während sich der Zugang von Frauen zu Bildung und wirtschaftlichen Aktivitäten weltweit verbessert hat, sind die Ergebnisse im Bereich Empowerment von Frauen ambivalent: Trotz Fortschritten bei der politischen Partizipation von Frauen erreicht die große Mehrheit der untersuchten Länder nicht einmal ein Mindestmaß an Gleichberechtigung, da die Ausgangswerte so gering sind. Zudem schneiden 15 Prozent der untersuchten Länder schlechter als im Vorjahr ab. Auch die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen hat sich in Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Der Gleichstellungsindex von Social Watch wird jährlich erstellt und ermöglicht den Vergleich von 157 Ländern in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Bildung, wirtschaftliche Teilhabe und Beteiligung an politischen Entscheidungsgremien (Empowerment).

[www.socialwatch.org/node/11561](http://www.socialwatch.org/node/11561)

### **3. Davos: Streit um Finanzmarktregulierung**

„Den Zustand der Welt verbessern: Neu denken, neu gestalten, neu schaffen“. Unter diesem Motto fand vom 27. bis 31. Januar 2010 in Davos zum 40. Mal das Weltwirtschaftsforum statt. Dieses informelle Treffen der globalen Führungselite aus Wirtschaft und Politik verzeichnete eine Rekordteilnehmerzahl von 2.500 Personen, darunter 30 Staatschefs, rund 60 Minister und etwa 1.400 Top-Manager. In

zahlreichen Foren wurde in Davos über zentrale globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Welternährung, die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, aber auch über aktuelle Krisen, wie die Hilfe für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Haiti diskutiert. Im Gegensatz zu vergangenen Treffen war das diesjährige Forum von heftigen Kontroversen über die richtigen Strategien zur Bekämpfung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und vor allem über die Regulierung von Banken und Finanzmärkten geprägt. US-Präsident Obama hatte kurz vor dem Treffen in Davos Maßnahmen zur Regulierung der US-Finanzmärkte angekündigt. So soll den Banken der Eigenhandel, das heißt die Spekulation mit Finanzanlagen auf eigene Rechnung, untersagt, die Größe der Banken auf ein vernünftiges Maß beschränkt und eine Abgabe für die größten Banken erhoben werden.

[www.weforum.org](http://www.weforum.org)

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy unterstützte zur Eröffnung des Weltwirtschaftsforums die Vorschläge des US-Präsidenten zur Regulierung des Finanzsektors. Er forderte ein neues Weltwährungssystem im Sinne eines neuen „Bretton Woods“ und sprach sich für eine Besteuerung von Spekulationsgewinnen und Finanztransaktionen aus. Ein entscheidender Fortschritt, so Sarkozy, wäre es, wenn das Umweltrecht, das Arbeitsrecht und das Gesundheitsrecht auf eine Stufe mit dem Handelsrecht gestellt würden. Sarkozy kündigte an, dass Frankreich, das im Jahr 2011 sowohl den G8- als auch den G20- Vorsitz innehaben wird, das Thema Reform des internationalen Währungssystems auf die Tagesordnung setzen werde.

[www.weforum.org/en/media/Latest%20News%20Releases/PR\\_AM10opening](http://www.weforum.org/en/media/Latest%20News%20Releases/PR_AM10opening)

Das globalisierungskritische Netzwerk attac begrüßte die Äußerungen von Sarkozy und stellte fest, dass in Davos mit der Regulierung der Finanzmärkte inzwischen klassische attac-Forderungen verhandelt würden. Diskutieren würden allerdings diejenigen, die die Krise herbeigeführt hätten. Von schönen Worten würden die Hungernden der Welt nicht satt und Taten, die den Worten folgen, gäbe es so gut wie nicht, erklärte Detlef von Larcher, Mitglied des attac-Koordinierungskreises. Die geringe Resonanz auf den Vorschlag von Obama zur Regulierung der Finanzmärkte zeige, dass die Diskussionen in Davos keinen Politikwechsel mit sich brächten. Nach wie vor dominierten dort die Profitinteressen einiger weniger, während globale soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vernachlässigt werden.

[www.attac.de/aktuell/wsf/wsf-2009/pressemitteilungen/detailansicht/datum////starke-worte-sarkozys-in-davos/?cHash=d69e9f9a6f](http://www.attac.de/aktuell/wsf/wsf-2009/pressemitteilungen/detailansicht/datum////starke-worte-sarkozys-in-davos/?cHash=d69e9f9a6f)

Der kanadische Premierminister Stephan Harper stellte beim Weltwirtschaftsforum vor, welche Schwerpunkte der diesjährige G8- und der unmittelbar zuvor stattfindende G20-Gipfel haben sollen. Kanada hat seit Anfang Januar 2010 den Vorsitz der G8 inne. Besonderer Schwerpunkt der G8 Agenda soll die Situation von Müttern und Kindern in den Entwicklungsländern sein. Kanada werde „eine große Initiative vorschlagen“ und Regierungen, NRO und den Privatsektor mobilisieren, um die Rate der Kindersterblichkeit zu senken und die Standards in der Gesundheitsversorgung zu erhöhen.

[www.weforum.org/en/media/Latest%20News%20Releases/LatestPressReleasesSearch/PR\\_AM10\\_Harper](http://www.weforum.org/en/media/Latest%20News%20Releases/LatestPressReleasesSearch/PR_AM10_Harper)

Parallel zum Weltwirtschaftsforum in Davos fand im brasilianischen Porto Alegre das zehnte Weltsozialforum statt. 30000 Teilnehmende kamen zu der fünftägigen

Veranstaltung, die den Auftakt für dezentrale Foren im Verlauf des Jahres 2010, unter anderem in Kpomassé (Benin), Istanbul und Madrid bildete. Diskutiert wurden nicht nur Fragen zur Wirtschaftsentwicklung, Umweltschutz und den Rechten der indigenen Völker, sondern auch die Strategie des Weltsozialforums, das vor zehn Jahren als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum ins Leben gerufen wurde. Im Mittelpunkt stand dabei die gemeinsame Suche nach Alternativen zum herrschenden Wirtschafts- und Konsummuster.

[www.forumsocialmundial.org.br/index.php?cd\\_language=2](http://www.forumsocialmundial.org.br/index.php?cd_language=2)

#### **4. Klimawandel: Emissionsminderungen reichen nicht aus**

Am 31. Januar 2010 ist die Frist abgelaufen, in der die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention ihre nationalen Klimaschutzziele beim UN-Klimasekretariat melden sollten. Dies war beim Klimagipfel in Kopenhagen vereinbart worden. Bis Ende Januar haben 55 Länder, darunter alle großen Emittenten, ihre Reduktionsziele gemeldet. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten wollen bis zum Jahr 2020 ihre Treibhausgas-Emission um 20 Prozent, falls andere Länder vergleichbare Reduktionen vornehmen, um 30 Prozent reduzieren. Deutschland hat eine Minderung um 40 Prozent zugesagt. Bundesumweltminister Norbert Röttgen erklärte, dies sei ein wichtiger Schritt für die internationalen Klimaverhandlungen. Noch reichen aber die eingetragenen Beiträge nicht aus, um die 2 Grad-Obergrenze zu unterschreiten.

[www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/45594.php](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/45594.php)

Oxfam Deutschland kritisierte, dass die EU das Ziel der Minderung der europäischen Emissionen nur unter gewissen Bedingungen auf 30 Prozent aufstocken will. Strategisch richtig wäre es, so Oxfam Klimaexperte Jan Kowalzig, sich offensiv zu diesen 30 Prozent zu bekennen, um dadurch eine Sogwirkung für andere Staaten zu erzeugen. „Für die Menschen in Entwicklungsländern, wo der Klimawandel bereits jetzt Ernten vertrocknen lässt und die Lebensgrundlagen zerstört, gibt es keine Alternative zu einem ambitionierten Klimaabkommen bis Ende 2010“, so Kowalzig.

[www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=465](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=465)

Anlässlich des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der EU am 11. Februar hat der Naturschutzbund Deutschland (NABU) eine neue EU-Strategie zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt eingefordert. Europa dürfe über das enttäuschende Ergebnis des Klimagipfels nicht einfach so hinweggehen, erklärte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Europa solle auf Länder wie Brasilien, China oder auf die Afrikanische Union zugehen, um eine konkrete Zusammenarbeit im Waldschutz, bei Energietechnologie und der Anpassung an den Klimawandel zu vereinbaren, so Tschimpke. Der wichtigste Schritt wäre eine langfristige Verpflichtung der EU, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 bis 95 Prozent zu verringern.

[www.nabu.de/presse/pressemitteilungen/index.php?popup=true&show=1633&db=presseservice](http://www.nabu.de/presse/pressemitteilungen/index.php?popup=true&show=1633&db=presseservice)

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensbedingungen und die Rechte von Kindern sind das Jahresthema der Kindernothilfe 2010/2011. Damit will die Kindernothilfe darauf aufmerksam machen, dass bei allen Entscheidungen auf Regierungs- und entwicklungspolitischer Ebene das Recht von Kindern als zukünftiger Generation auf den Schutz ihrer natürlichen Lebensgrundlagen

berücksichtigt werden muss. Unter dem Motto „Die Zukunft liegt in unseren Händen – Umweltschutz ist Kinderrecht“ wird die Kindernothilfe zwei Jahre lang in ihrer Arbeit einen Schwerpunkt auf das Thema Ökologie und Kinderrechte setzen.

[www.kindernothilfe.de/Rubriken/Presse/Pressearchiv/Meldungen\\_2010-p-6291/Claudia\\_Kleinert\\_er%C3%B6ffnet\\_Kindernothilfe\\_Jahresthema\\_.html](http://www.kindernothilfe.de/Rubriken/Presse/Pressearchiv/Meldungen_2010-p-6291/Claudia_Kleinert_er%C3%B6ffnet_Kindernothilfe_Jahresthema_.html)

## **5. 100 Tage Niebel**

100 Tage nach seinem Amtsantritt hat Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel eine erste Bilanz der bisherigen schwarz-gelben Entwicklungspolitik gezogen. Nach seiner Aussage gäbe es Kohärenz zwischen Entwicklungs-, Außen- und Außenwirtschaftspolitik, da sich die Leitungen der zuständigen Ministerien eng abstimmten. Als Schwerpunkte des BMZ benennt Niebel die Themen Bildung und Gesundheit, ländliche Entwicklung und gute Regierungsführung; die Beachtung der Menschenrechte sei dabei das Leitprinzip. Der BMZ-Etat wachse um voraussichtlich 187 Millionen Euro gegenüber 2009, darin enthalten sind 120 Millionen zusätzliche Mittel für Afghanistan. Die Mittel für Afghanistan werden deutlich erhöht, da das Land nach Aussagen von Niebel eine der wichtigsten Herausforderungen für die friedliche Entwicklung unserer Welt und zivile Lösungen den entscheidende Erfolgsfaktor darstellten. Auch die Mittel für die Zivilgesellschaft und die Kooperation mit der privaten Wirtschaft werden erhöht. Mit der Reform der Durchführungsorganisationen sei begonnen worden. Noch in der ersten Jahreshälfte werden, so Niebel, erste Vorschläge für eine Reorganisation der Vorfeldorganisationen im Bundeskabinett beraten. Der Klimaschutz ist ein weiteres zentrales Thema für die deutsche Entwicklungspolitik, hier wolle man einen entscheidenden Beitrag leisten.

[www.bmz.de/de/presse/pm/2010/februar/pm\\_20100203\\_19.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2010/februar/pm_20100203_19.html)

Die Lobbyorganisation ONE hat den ersten 100 Tagen schwarz-gelber Entwicklungspolitik eine durchwachsene Bilanz bescheinigt. Zwar sei man mit ehrgeizigen Reformplänen und der Ankündigung einer kohärenten Entwicklungspolitik gestartet, gleichzeitig falle Deutschland aber deutlich hinter seine finanziellen Verpflichtungen zurück, erklärte ONE. Positiv seien die Pläne der Koalition zu bewerten, die Doppelstrukturen in der Technischen Zusammenarbeit zügig zu reduzieren. Kritik äußerte ONE jedoch an der Festlegung der Koalition, zwei Drittel der Haushaltsmittel für die bilaterale Zusammenarbeit zu verwenden und Gelder für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf ein Drittel zu begrenzen. „Renationalisierung macht bei globalen Herausforderungen keinen Sinn. Wir müssen tun was am besten funktioniert, statt willkürliche Quoten festzulegen“, erklärte ONE-Direktor Tobias Kahler. Ebenfalls kritisch sieht die Organisation das Verhalten der Bundesregierung beim Klimagipfel in Kopenhagen. Deutschland habe sich geweigert, Klimaunterstützung für arme Länder zusätzlich zu früheren Versprechen zur Armutsbekämpfung zu zahlen. Dies sei mit ein Grund für das Scheitern des Gipfels gewesen, erklärte ONE.

[www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3239/](http://www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3239/)

## **6. Schuldenreport 2010**

Infolge der Weltwirtschaftskrise sehen sich viele Staaten mit einer neuen Schuldenkrise konfrontiert. Dies zeigt der Schuldenreport 2010, den das Entschuldungsbündnis erlassjahr.de und die Kindernothilfe im Februar vorgelegt haben. Sowohl Entwicklungsländer wie Kongo und Sudan, als auch europäische

Staaten wie Griechenland und Island sind von der Schuldenkrise betroffen. In zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern hat die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer hohen Staatsverschuldung geführt. Der Schuldenreport zeigt, dass 60 Länder kritisch verschuldet sind und sich in weiteren 32 Ländern die Schuldenindikatoren negativ entwickeln. Besonders gravierend ist die Situation in Haiti, das schon vor der Erdbebenkatastrophe Auslandsschulden in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar hatte. Erlassjahr-Koordinator Jürgen Kaiser forderte ein stärkeres Engagement der Bundesregierung. „Wir wollen, dass die von den G-7 Ländern zugesagte Entschuldung Haitis zügig umgesetzt wird“, so Kaiser. Erlassjahr und Kindernothilfe setzen sich für neue transparente und faire Verfahren zur Entschuldung ein, die Geber- und Nehmerinteressen angemessen berücksichtigen.

[www.kindernothilfe.de/multimedia/KNH/Downloads/Studien/Schuldenreport\\_2010\\_GREEN.pdf](http://www.kindernothilfe.de/multimedia/KNH/Downloads/Studien/Schuldenreport_2010_GREEN.pdf)

## **7. Weltbank-Studie zum Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern**

Auch wenn die akute Phase der Finanzkrise nach Einschätzung der Weltbank vorüber ist, bleibt das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern gering und unregelmäßig. In ihrer Studie Global Economic Prospects 2010: „Crisis, Finance & Growth in Developing Countries“ warnt die Weltbank vor fortbestehenden industriellen Überkapazitäten, reduzierter Inlandsnachfrage und Unterbeschäftigung. Für Entwicklungsländer ergeben sich daraus besondere Herausforderungen wie höhere Kreditkosten, geringere Kreditverfügbarkeit und verminderte internationale Kapitalflüsse. Nationale Finanzsysteme müssen gegen extern verursachte Schocks besser geschützt und politische Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung von Institutionen und zur Stärkung des Finanzsektors verstärkt werden. Ohne eine funktionierende Finanzintermediation, die eine interne Kapitalbereitstellung zu geringen Kosten ermöglicht, kann auf längere Sicht kein höheres Wachstum erzielt werden. Die Zahl der extrem Armen wird laut dem Bericht im Jahr 2010 um 64 Millionen zunehmen, da die Regierungen ihre sozialen Vorhaben nicht wie geplant durchführen können. Neben der Nutzung der internen Reserven in Entwicklungsländern sollten die Mittel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit daher auch im Hinblick auf die Erreichung der MDG erhöht werden.

<http://siteresources.worldbank.org/INTGEP2010/Resources/GEP2010-Full-Report.pdf>

## **8. Studie zur globalen Entwicklungskrise**

Sinkende Exporte und Rohstoffpreise infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise und die dadurch verringerten Staatseinnahmen haben drastische Auswirkungen im globalen Süden: Durch das Haushaltsdefizit sinken vor allem Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger nehmen zu, betroffen sind vor allem Frauen und Kinder. Dies geht aus dem Report „Die globale Entwicklungskrise. Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen“ hervor, den das Global Policy Forum Europe zusammen mit terre des hommes veröffentlicht hat. Das Krisenmanagement der G20-Staaten, die durch Gipfeltreffen zum zentralen Forum für das globale Krisenmanagement aufgewertet wurden, hat die Interessen der Menschen in den ärmeren Ländern, dem Bericht zufolge, zu wenig berücksichtigt. Problematisch ist auch, dass weite Regionen der Welt, vor allem Entwicklungsländer, im Club der G20 unterrepräsentiert sind, und die Zivilgesellschaft von den G20 unzureichend beachtet wird. Auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) steht eine Erhöhung des

Quotenanteils der unterrepräsentierten Entwicklungs- und Schwellenländer noch aus. Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Berichts für eine wirtschafts- und entwicklungspolitische Agenda der kommenden Jahre beinhalten effektive Regeln gegen den Casino-Kapitalismus, Reformen im globalen System der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, zusätzliche Finanzmittel für öko-soziale Entwicklungsprogramme und schließlich die Wende zu einem ganzheitlichen, rechtbasierten Entwicklungsmodell. Konkret fordern die Autoren zum Beispiel eine grundsätzliche Re-Regulierung der Finanzmärkte, umfassende Transparenz- und Offenlegungspflichten für Banken und Unternehmen, eine UN-Weltwirtschaftscharta, effektive Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung, eine internationale Finanztransaktionssteuer sowie die Umsetzung des von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verabschiedeten globalen Beschäftigungspakts.

[www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/gpf\\_entwicklungskrise\\_final\\_18012010.pdf](http://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/gpf_entwicklungskrise_final_18012010.pdf)

## **9. Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft**

„Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft – Zwischen Konfrontation und Kooperation“ ist der Titel einer Veranstaltungsdokumentation, die das VENRO-Projekt „Perspektive 2015“ im Februar veröffentlicht hat. Ziel der Veranstaltung vom November vergangenen Jahres war es, mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren das Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Privatwirtschaft zu analysieren und zu diskutieren. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Frage, wie entwicklungspolitische NRO mit Unternehmen so zusammenarbeiten können, dass für beide Seiten eine „Win-win-Situation“ entsteht. Diese Frage wurde beispielhaft durch die Auswertung bisheriger Kooperationserfahrungen im Kaffeesektor in der Baumwollwirtschaft sowie beim Fairen Handeln diskutiert. Ein zentrales Fazit der Diskussion lautete: Kooperationen zwischen Entwicklungszusammenarbeit, NRO und Wirtschaft sind möglich und sinnvoll, aber die gemeinsamen Ziele und auch die unterschiedlichen Interessen müssen vor einer Zusammenarbeit klar definiert werden, damit die Kooperation auf gleicher Augenhöhe erfolgen kann. Orientierungsrahmen für Partnerschaftsprojekte müssen die Interessen und Ziele der Partner im Süden sein.

[www.2015.venro.org/2015\\_im\\_gespraech.html](http://www.2015.venro.org/2015_im_gespraech.html)

---

### ***Kurz notiert:***

Mit einer Unterschriftenaktion fordert die Aktion „Steuer gegen Armut“ die Staats- und Regierungschefs der G 20-Länder auf, beim nächsten G20 Gipfel im kanadischen Toronto im Juni 2010 eine Steuer auf alle Finanztransaktionen zu beschließen. Auch ein Filmspot mit Heike Makatsch und Jan Josef Liefers wirbt für dieses Anliegen.

[www.makefinancework.org/?lang=de](http://www.makefinancework.org/?lang=de); [www.steuergegenarmut.de](http://www.steuergegenarmut.de)

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März hat die Kampagne für Saubere Kleidung eine Online-Aktion gestartet, um auf die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der asiatischen Bekleidungsindustrie aufmerksam zu machen. Auf der Kampagnen-Website kann eine Protestmail an 14 Konzerne verschickt werden, mit der internationale Unternehmen aufgefordert werden, einen existenzsicheren Lohn für die Arbeiterinnen zu bezahlen.

[www.saubere-kleidung.de/](http://www.saubere-kleidung.de/)

---

---

## **Termine**

### **5. bis 6. März 2010, Solingen, Eine Welt Netz NRW**

„Apocalypse now oder nachhaltiges Bruttosozialglück!? – Gute Ideen für stürmische Zeiten“

14. Eine-Welt-Landeskonferenz

Weitere Informationen unter: [www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/104/](http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/104/)

### **15. März 2010, Bonn-Bad Godesberg, Welthungerhilfe**

„Tödliche Hilfe?“ Gespräch über Dambisa Moyos Buch „Dead Aid“

Fachgespräch

Weitere Informationen bei [ioanna.rimpa\(at\)welthungerhilfe.de](mailto:ioanna.rimpa(at)welthungerhilfe.de)

### **15. bis 16. März 2010, Berlin, Action for Global Health u. a.**

Deutschland und die Gesundheits-Millenniumsentwicklungsziele – (K)eine Erfolgsgeschichte?

Konferenz

Weitere Informationen bei [mareike.luppe\(at\)welthungerhilfe.de](mailto:mareike.luppe(at)welthungerhilfe.de)

### **19. März 2010, Berlin, EuroIFInet**

International Financial Institutions and Human Rights

Seminar

Weitere Informationen bei [knud\(at\)urgewald.de](mailto:knud(at)urgewald.de)

### **19. März 2010, Köln, Allerweltshaus Köln e. V.**

Klimawandel und Ressourcenkonflikte

Vortrag und Diskussion

Weitere Informationen unter: [www.menschenrechte-koeln.de/](http://www.menschenrechte-koeln.de/)

### **29. März 2010, Stuttgart, Brot für die Welt, KASA, u.a.**

„Armut mindern durch Grundsicherung? - Modelle sozialer Grundsicherung in Afrika“

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: [www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/index\\_2082\\_DEU\\_HTML.php](http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/index_2082_DEU_HTML.php)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Marianne Sallinger

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*